Berufsbildungsverordnung

vom 11. Dezember 2007 (Stand 1. Dezember 2012)

Die Regierung des Kantons St.Gallen

erlässt

in Ausführung des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung vom 23. September 2007¹

als Verordnung:²

I. Allgemeine Bestimmung

(1.)

Art. 1 Geltungsbereich

¹ Diese Verordnung regelt den Vollzug des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung vom 23. September 2007.³

Art. 2 Amt für Berufsbildung

¹ Das Amt für Berufsbildung erfüllt die Aufgaben des Kantons im Bereich der Berufsbildung, soweit diese nicht durch Gesetz oder Verordnung einem anderen Organ übertragen sind.

² Es kann den Berufsfachschulen Weisungen zum Verfahren erteilen, insbesondere:

- a) für Voranschlag und Jahresrechnung;
- b) für die Wahl der Lehrpersonen und des übrigen Personals.

1 sGS 231.1.

2 Abgekürzt BBV. Im Amtsblatt veröffentlicht am 7. Januar 2008, ABl 2008, 29 ff; in Vollzug ab 1. Januar 2008.

3 sGS 231.1.

II. Berufliche Grundbildung (2.)

1. Allgemeine Bestimmungen (2.1.)

Art. 3 Anlehre

¹ Die Lernenden in der Anlehre besuchen in der Regel an einem Tag je Woche die Berufsfachschule.

² Das Amt für Berufsbildung erlässt Weisungen über den Berufsfachschulunterricht.

³ Der kantonale Anlehrausweis wird erteilt, wenn das Ausbildungsziel erreicht wurde. Das Qualifikationsverfahren besteht aus einem Augenschein am Arbeitsplatz und einer schriftlichen Beurteilung durch die Berufsfachschule. Fachexperten werden beigezogen.

Art. 4 Lehrwerkstätten

¹ Das Amt für Berufsbildung regelt für die Lehrwerkstätten Organisation, Aufnahmeverfahren und Promotion, soweit diese nicht durch Bundesrecht geregelt sind.

Art. 5 Fachkundige individuelle Begleitung

¹ Das Amt für Berufsbildung erlässt Weisungen über Zuständigkeit, Umfang und Inhalt der fachkundigen individuellen Begleitung.

2. Brückenangebote (2.2.)

Art. 6 Standorte

¹ Das Bildungsdepartement legt je Brückenangebot die Standorte fest.

Art. 7 Inhalt und Organisation

¹ Das Amt für Berufsbildung regelt Inhalt und Organisation, insbesondere Unterrichtsfächer, Klassengrößen und Lektionenzahlen.

² Es koordiniert die Brückenangebote mit vergleichbaren Angeboten der Arbeitsvermittlung im Rahmen der Bundesgesetzgebung über die Arbeitslosenversicherung.

3. Bildung in der beruflichen Praxis

(2.3.)

Art. 8 *Beratung und Aufsicht*

¹ Das Amt für Berufsbildung beaufsichtigt die Bildung in beruflicher Praxis. Es ist insbesondere zuständig für:

- a) die Beratung der Lehrvertragsparteien;
- b) die Koordination zwischen den an der beruflichen Grundbildung beteiligten Personen und Organisationen;
- c) Erteilung und Widerruf der Bildungsbewilligungen;
- d) Genehmigung und Aufhebung von Lehr-, Anlehr- und Praktikumsverträgen;
- e) die Ausnahmegewilligung für die Überschreitung der Höchstzahl der Ausbildungsverhältnisse in einem Lehrbetrieb;
- f) die Befreiung der Lernenden von der Abschlussprüfung oder von Teilen davon.

² Es arbeitet mit den Organisationen der Arbeitswelt zusammen. Fachpersonen können beigezogen werden.

Art. 9 *Änderung im Lehrvertrag*

¹ Der Lehrbetrieb meldet dem Amt für Berufsbildung Vorkommnisse, die eine Änderung des Lehrvertrags nach sich ziehen.

² Der Genehmigung des Amtes für Berufsbildung bedürfen:

- a) die Verlängerung der Probezeit;
- b) Verlängerung und Verkürzung der Lehrzeit;
- c) der Wechsel der Auszubildenden oder des Auszubildenden in beruflicher Praxis;
- d) der Wechsel des Lehrberufs innerhalb des Betriebs.

Art. 10 *Zwischenprüfung*

¹ Das Amt für Berufsbildung kann eine Zwischenprüfung anordnen, wenn:

- a) ein Lehrbetrieb erstmals Lernende ausbildet;
- b) die Auszubildenden oder der Auszubildende in beruflicher Praxis es verlangt;
- c) der oder die Lernende oder die gesetzliche Vertretung es verlangt.

² Die Kosten einer Zwischenprüfung trägt, wer deren Durchführung verlangt hat.

Art. 11 *Berufsbildnerinnen und Berufsbildner in Lehrbetrieben*

¹ Das Amt für Berufsbildung kann Organisation und Durchführung von Ausbildungsgängen für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner in Lehrbetrieben Dritten übertragen.

4. Berufsfachschulen

(2.4.)

Art. 12 Standorte

¹ Der Kanton führt drei Berufsfachschulen in St.Gallen (Standorte in St.Gallen und Rheineck) sowie je eine Berufsfachschule in Rorschach (Standorte in Rorschach und Altstätten), Buchs (Standorte in Buchs und Salez), Sargans (Standorte in Sargans und Walenstadt), Rapperswil-Jona, Wattwil (Standorte in Wattwil und Lichtensteig), Uzwil (Standorte in Uzwil und Flawil) und Wil.

² Das Bildungsdepartement legt je Berufsfachschule Namen und grafisches Erscheinungsbild fest.

Art. 13 Schulbetrieb

a) Unterrichtszeit

¹ Eine Unterrichtslektion dauert 45 Minuten.

² Als Schulwoche gilt jede Woche, während der Unterricht erteilt oder die Abschlussprüfung durchgeführt wird.

Art. 14 b) unterrichtsfreie Zeit*

¹ Die unterrichtsfreie Zeit beträgt gesamthaft 13 Wochen.

² Zwölf Wochen richten sich nach dem Ferienplan der Volksschule⁴. Die Berufsfachschulkommission bestimmt die übrige Woche. Sie kann in begründeten Fällen einzelne zusätzliche unterrichtsfreie Tage festsetzen.

³ In begründeten Fällen kann die Berufsfachschulkommission für die ganze Schule oder für einzelne Berufe die unterrichtsfreie Zeit im Herbst um eine Woche verkürzen und die übrige unterrichtsfreie Zeit um eine Woche verlängern.

Art. 15 c) Klassengrössen

¹ Das Amt für Berufsbildung legt die Klassengrössen fest.

Art. 16 d) Leistungsbeurteilung

¹ Im Semesterzeugnis werden eingetragen:

- a) die Noten für die Leistungen im Pflichtunterricht und in den Freikursen. Die Noten 6 bis 4 bezeichnen genügende Leistungen, die Noten unter 4 ungenügende Leistungen. Halbe Noten sind zulässig. Die Berufsfachschule kann auf die Erteilung von Noten in einzelnen Freikursen verzichten;

⁴ Art. 18 Abs. 2 Bst. a VSG, sGS 213.1.

- b) die Bewertung der Arbeitshaltung, wenn diese von der Norm abweicht. Die Bewertungsskala wird im Zeugnis aufgeführt;
- c) eine herabgesetzte Betragennote oder eine Beanstandung zum Betragen;
- d) die Absenzen.

² In der Anlehre wird die Leistung durch ein Wortzeugnis beurteilt.

Art. 17 Berufsfachschulkommission
a) Wahl

¹ Das Bildungsdepartement wählt je kantonale Berufsfachschule eine Berufsfachschulkommission mit höchstens neun Mitgliedern auf eine Amtsdauer von vier Jahren.

Art. 18 b) Teilnehmende mit beratender Stimme

¹ Eine Vertreterin oder ein Vertreter des Amtes für Berufsbildung, die Rektorin oder der Rektor und eine Vertreterin oder ein Vertreter des Lehrerkonvents nehmen an den Sitzungen der Berufsfachschulkommission mit beratender Stimme teil.

² Die Berufsfachschulkommission kann durch Schulreglement weitere Teilnehmende mit beratender Stimme bestimmen.

Art. 19 c) Aufgaben

¹ Die Berufsfachschulkommission hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) die Beratung des Voranschlags und der Jahresrechnung;
- b) der Erlass des Schulreglementes;
- c) Wahl und Entlassung der Rektorin oder des Rektors;
- d) Wahl und Entlassung der Mitglieder der Schulleitung;
- e) die Bewilligung von Nebenbeschäftigungen für Mitglieder der Schulleitung;
- f) die Wahl der Berufsmaturitätskommission, wenn die Berufsfachschule eine Berufsmaturitätsschule führt;
- g) Bestellung von Fachkommissionen und Wahl deren Mitglieder.

² Sie kann für einzelne Aufgaben durch Schulreglement Ausschüsse mit eigenen Befugnissen einsetzen.

Art. 20 Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Berufsfachschulkommissionen

¹ Die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Berufsfachschulkommissionen tagt wenigstens einmal jährlich.

231.11

² An den Sitzungen nehmen die Leiterin oder der Leiter des Amtes für Berufsbildung und eine von den Rektorinnen und Rektoren bestimmte Vertretung mit beratender Stimme teil.

Art. 21 *Schulreglement*

¹ Das Schulreglement regelt insbesondere:

- a) die Führungsstruktur der Schule;
- b) Teilnehmende mit beratender Stimme an den Sitzungen der Berufsfachschulkommission;
- c) Aufgaben und Kompetenzen der Rektorin oder des Rektors;
- d) Aufgaben und Kompetenzen der Schulleitung;
- e) Absenzen, Urlaub und disziplinarische Verantwortlichkeit der Lernenden;
- f) Aufgaben und Kompetenzen der Fachkommissionen;
- g) Aufgaben und Kompetenzen von Ausschüssen mit eigenen Befugnissen.

Art. 22 *Rektorin oder Rektor*

¹ Die Rektorin oder der Rektor leitet die Berufsfachschule.

Art. 23 *Rektorenkonferenz*

¹ Die Rektorinnen und Rektoren der kantonalen Berufsfachschulen bilden eine Konferenz.

² Sie steht unter Leitung des Amtes für Berufsbildung.

³ Sie behandelt schulübergreifende Angelegenheiten, insbesondere Fragen der Schulqualität, der Koordination unter den Schulen und des Einsatzes kantonalen Fachgruppen.

Art. 24 *Lehrerkonvent*

¹ Die Lehrpersonen der Berufsfachschulen bilden den Lehrerkonvent. Jede teilnehmende Lehrperson hat eine Stimme. Die Rektorin oder der Rektor hat den Vorsitz.

² Der Lehrerkonvent hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) die Wahl einer oder mehrerer Vertreterinnen oder Vertreter in die Berufsfachschulkommission;
- b) die Stellungnahme zu Schulangelegenheiten, Lehrplänen und Reglementen;
- c) die Antragstellung an Schulleitung und Berufsfachschulkommission.

³ Die Rektorin oder der Rektor kann den Lehrerkonvent in begründeten Fällen in Teilkonvente aufteilen und deren Leitung anderen Mitgliedern der Schulleitung übertragen.

Art. 25 Berufsmaturitätskommission

¹ Die Berufsmaturitätskommission hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) die Wahl der Prüfungsleitung für die Aufnahme- und die Abschlussprüfungen;
- b) die Aufsicht über die Aufnahme- und die Abschlussprüfungen;
- c) die Aufnahme in die Berufsmaturitätsschule;
- d) Nicht-Promotion und Ausschluss aus der Berufsmaturitätsschule;
- e) die Erhaltung der Resultate der Abschlussprüfungen.

² Ein Mitglied der Berufsfachschulkommission leitet die Berufsmaturitätskommission.

Art. 26 Fachkommissionen

¹ Die Fachkommissionen beraten Berufsfachschulkommission und Schulleitung.

² Wenigstens zwei Drittel der Mitglieder sind Berufsbildnerinnen oder Berufsbildner in Lehrbetrieben.

Art. 27 Schulanlagen
a) Nutzung durch Dritte

¹ Die Schulanlagen werden Dritten zur Verfügung gestellt, soweit der Schulbetrieb es gestattet.

² Die Berufsfachschulkommission erlässt ein Benützungsgreglement und einen Gebührentarif.

Art. 28 b) Benützungsgebühren

¹ Die Benützungsgebühren werden so angesetzt, dass in der Regel die Betriebskosten der jeweiligen Baute oder Anlage durch die entrichteten Benützungsgebühren gedeckt sind. Bei der Gebührenbemessung können Wohnort, Sitz und Person der Benützenden sowie Zweck, Intensität, Zeitdauer oder Zeitpunkt der Benützung besonders berücksichtigt werden.

² Die Gebühren für die Nutzung der Schulanlagen für Qualifikationsverfahren und überbetriebliche Kurse werden so angesetzt, dass sie in der Regel die Vollkosten decken.

Art. 29 Finanzen
a) Allgemeines

¹ Die Berufsfachschule führt eine eigene Rechnung und verfügt über die Kredite nach dem Voranschlag.

231.11

² Sie bereitet den Voranschlag vor.

Art. 30 b) Schulgeld und Rechnungsstellung für ausserkantonale Lernende

¹ Das Amt für Berufsbildung legt jährlich das Schulgeld für ausserkantonale Lernende fest.

² Die Berufsfachschulen stellen den Kantonen jährlich Rechnung. Die Rechnung wird für Personen gestellt, die vier Monate nach Schuljahresbeginn über einen gültigen Lehr- oder Anlehrvertrag verfügen.

³ Vorbehalten bleiben interkantonale Vereinbarungen.

Art. 31 Private Anbieterinnen und Anbieter der schulisch organisierten Grundbildung

¹ Das Amt für Berufsbildung anerkennt private Anbieterinnen und Anbieter der schulisch organisierten Grundbildung.

² Die Anerkennung kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden.

³ Das Amt für Berufsbildung entzieht die Anerkennung, wenn Vorschriften verletzt oder wenn mit der Anerkennung verbundene Auflagen oder Bedingungen nicht eingehalten werden.

5. Qualifikationsverfahren

(2.5.)

*Art. 32 Abschlussprüfung
a) Durchführung*

¹ Das Amt für Berufsbildung führt die Abschlussprüfungen durch, soweit die Durchführung nicht einem Dritten übertragen ist.

² Es kann für Lernende, die wegen Krankheit, Unfall oder aus anderen wichtigen Gründen verhindert sind, besondere Termine festlegen.

Art. 33 b) Abschlussprüfung nach Art. 32 der eidgenössischen Berufsbildungsverordnung⁵

¹ Personen ohne Lehrvertrag, welche die Abschlussprüfung nach Art. 32 der eidgenössischen Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003 ablegen wollen, melden sich beim Amt für Berufsbildung schriftlich an.

² Das Amt für Berufsbildung entscheidet über die Zulassung.

5 SR 412.101.

Art. 34 *c) Unredlichkeit und Prüfungsversäumnis*

¹ Das Amt für Berufsbildung ordnet Massnahmen gegen Personen an, die an der Prüfung unerlaubte Hilfe in Anspruch genommen haben, sich unredlich verhalten haben oder ohne wichtigen Grund nicht oder verspätet an die Prüfung angetreten sind.

² Es kann einen Verweis erteilen, einen Notenabzug verfügen oder die Prüfung im betreffenden Fach oder die ganze Prüfung ungültig erklären. Eine ungültig erklärte Prüfung gilt als abgelegt.

Art. 35 *d) Wiederholung*

¹ Das Amt für Berufsbildung erlässt Weisungen über die Zulassung zu Wiederholungsprüfungen.

Art. 36 *Andere Qualifikationsverfahren*

¹ Das Amt für Berufsbildung regelt die Durchführung anderer Qualifikationsverfahren nach Bundesrecht.⁶

III. Weiterbildung

(3.)

Art. 37 *Förderung*

¹ Das Amt für Berufsbildung fördert die Weiterbildung in Zusammenarbeit mit privaten und öffentlichen Institutionen der Weiterbildung und der Wirtschaft.

² Es hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) die Beratung von Wirtschafts- und Berufsverbänden in Angelegenheiten der Weiterbildung;
- b) die Beratung von privaten und öffentlichen Institutionen der Weiterbildung in allen Belangen der Weiterbildung;
- c) der Erlass von Empfehlungen zu Massnahmen der Qualitätsentwicklung.

Art. 38 *Zusammenarbeit*

¹ Das Amt für Berufsbildung arbeitet zur Förderung der Weiterbildung mit Dachorganisationen zusammen, die im Kanton tätig sind.

² Es stellt Informationsmaterial bereit.

⁶ Vgl. Art. 33 des Bundesgesetzes über die Berufsbildung, SR 412.10.

IV. Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

(4.)

Art. 39 *Beratungsstellen*

¹ Das Amt für Berufsbildung führt je Beratungskreis eine Beratungsstelle.

Art. 40 *Regionale Beiräte* *a) Zusammensetzung*

¹ Der regionale Beirat besteht aus höchstens neun Mitgliedern aus Wirtschaft, Schule und Behörden.

² Die Leiterin oder der Leiter der Beratungsstelle gehört dem Beirat von Amtes wegen an.

³ Der Beirat konstituiert sich selbst.

Art. 41 *b) Aufgaben*

¹ Der regionale Beirat ist insbesondere zuständig für die Vernetzung der Beratungsstelle und den Erfahrungsaustausch.

V. Finanzierung

(5.)

Art. 42 *Kostentragung*

¹ Der Trägerbeitrag für private Berufsfachschulen nach Art. 9 des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung vom 24. April 2007⁷ beträgt 5 Prozent der anerkannten Kosten.

² Für Verwaltung und Administration werden höchstens 10 Prozent der Schulkosten angerechnet.

Art. 43 *Beiträge* *a) Grundbildung*

¹ Das Amt für Berufsbildung:

- a) bezeichnet die beitragsberechtigten ausserkantonalen Lehrwerkstätten und legt den Kantonsbeitrag je Lehrwerkstätte fest;
- b) legt den Beitrag an überbetriebliche Kurse in Form einer Pauschale je Teilnehmertag und Beruf fest.

⁷ sGS 231.1.

Art. 44 b) Höhere Berufsbildung

¹ Das Amt für Berufsbildung bezeichnet die beitragsberechtigten Angebote der höheren Berufsbildung und legt den Beitrag fest.

Art. 45 c) Weiterbildung

¹ Das Bildungsdepartement bezeichnet die beitragsberechtigten Angebote der Weiterbildung und legt den Beitrag fest.

Art. 46 d) Ausbildung von Lehrpersonen

¹ Das Amt für Berufsbildung legt den Beitrag an die Ausbildung einer Berufsfachschullehrperson fest. Die familiären Verhältnisse werden berücksichtigt.

² Der Beitrag beträgt höchstens die Hälfte der durch die Ausbildung bedingten Pensenreduktion.

³ Er wird in der Regel in Form von Entlastungslektionen gewährt.

Art. 47 e) Bauten

¹ Baubeiträge werden an Neubauten und wertvermehrende Investitionen geleistet.

² Nicht anrechenbar sind die Kosten für Landerwerb und Einrichtungen.

*Art. 48 Verfahren
a) Grundsatz*

¹ Wer um einen Beitrag nachsucht, hat ein schriftliches Gesuch einzureichen.

² Ein Beitrag wird in der Regel aufgrund einer Leistungsvereinbarung gewährt.

³ Ein Beitrag an Angebote ausserkantonaler Institutionen, an die Ausbildung von Lehrpersonen und an Bauten kann aufgrund einer Kostengutsprache gewährt werden.

Art. 49 b) Zeitpunkt

¹ Ein Beitrag wird gewährt, wenn vor Beginn des Schuljahres oder des Kurses die Leistungsvereinbarung abgeschlossen oder die Kostengutsprache erteilt worden ist.

² Baubeiträge werden gewährt, wenn die Kostengutsprache vor Baubeginn erteilt worden ist. Eine Projektänderung wird berücksichtigt, wenn sie vor der Ausführung genehmigt worden ist.

231.11

Art. 50 *c) Leistungsvereinbarung* 1. *Inhalt*

¹ Die Leistungsvereinbarung regelt insbesondere die zu erbringende Leistung, den Beitrag, die Abrechnung, die Qualitätssicherung, die Mitwirkung und die Kontrolle durch den Kanton.

Art. 51 2. *Auszahlung*

¹ Beiträge werden ausbezahlt, wenn eine Abrechnung vorliegt. Diese ist innerhalb dreier Monate nach Abschluss des Rechnungsjahres einzureichen. Der Beitrag ist verwirkt, wenn innerhalb zweier Jahre nach Abschluss des Rechnungsjahrs keine Abrechnung eingereicht worden ist.

² Auf Gesuch hin werden aufgrund der aufgelaufenen Kosten Vorschusszahlungen geleistet. Diese betragen bis 80 Prozent des voraussichtlichen Beitrags. Je Rechnungsjahr werden höchstens zwei Vorschusszahlungen geleistet.

³ Übersteigen die Vorschusszahlungen den aufgrund der Abrechnung ermittelten Beitrag, ist die Differenz zurückzuzahlen.

Art. 52 *d) Kostengutsprache* 1. *Allgemeines*

¹ Die Kostengutsprache regelt die zu erbringende Leistung und den Beitrag.

² Sie kann mit Auflagen verbunden werden.

Art. 53 2. *Baubeiträge*

¹ Auf Gesuch hin werden aufgrund des Baufortschritts Vorschusszahlungen geleistet. Diese betragen bis 90 Prozent des voraussichtlichen Baubeitrags.

² Je Rechnungsjahr werden höchstens zwei Vorschusszahlungen geleistet.

³ Übersteigen die Vorschusszahlungen den aufgrund der Abrechnung ermittelten Baubeitrag, ist die Differenz zurückzuzahlen.

Art. 54 *e) Verjährung*

¹ Forderungen aus Beiträgen verjähren nach fünf Jahren.

² Der Anspruch auf Rückerstattung von Beiträgen verjährt ein Jahr, nachdem die verfügende oder die Leistungsvereinbarung abschliessende Behörde vom Rechtsgrund des Anspruchs Kenntnis erhalten hat, in jedem Fall zehn Jahre nach der Entstehung des Anspruchs.

³ Der Anspruch des Kantons auf Rückerstattung von Baubeiträgen verjährt in jedem Fall 25 Jahre nach Entstehung des Anspruchs.

VI. Schlussbestimmungen

(6.)

Art. 55 Aufhebung bisherigen Rechts

¹ Die Berufsbildungsverordnung vom 13. November 2001⁸ wird aufgehoben.

Art. 56 Übergangsbestimmung

¹ Beiträge nach dem Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung vom 19. Juni 1983⁹ können längstens bis 31. Dezember 2009 geltend gemacht werden.

Art. 57 Vollzugsbeginn

¹ Diese Verordnung wird ab 1. Januar 2008 angewendet.

8 nGS 36–77 (sGS 231.11).

9 nGS 35–76 (sGS 231.1).

231.11

* Änderungstabelle - Nach Bestimmung

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Erlass	Grunderlass	43-7	11.12.2007	01.01.2008
Art. 14	geändert	47-87	14.08.2012	01.12.2012

* Änderungstabelle - Nach Erlassdatum

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
11.12.2007	01.01.2008	Erlass	Grunderlass	43-7
14.08.2012	01.12.2012	Art. 14	geändert	47-87